



# **konzentriert**

**Mitteilungsblatt der Umweltfreisinnigen des Kantons St.Gallen**

## **Mit neuem Optimismus an die Arbeit !**

Unter dem Eindruck der internationalen Konferenz von Rio (1992) und im Geist des 1979 tödlich verunglückten, natur- und sportbegeisterten FDP-Kantonalpräsidenten Nationalrat Ruedi Schatz, gründete 1993 eine Gruppe FDP-Mitglieder die Umweltliberale Bewegung, ULSG. Ihr Ziel war es, dem nachhaltigen Umweltbewusstsein, das nach ihrer Ansicht in den Jahren der Hochkonjunktur in der FDP zu stark in den Hintergrund getreten war, Auftrieb zu geben.

Mit ihrer sachlichen, liberalen Politik gewann die ULB aktive führende FDP-Mitglieder und Mandatsträger auf allen politischen Ebenen. Trotz grossen gemeinsamen Anstrengungen enttäuschten die Resultate der letzten Nationalrats- und Kantonsratswahlen sowohl die ULB wie die FDP. Tiefgreifende Analysen der Wahlergebnisse führten beidseitig zu neuen Erkenntnissen und schlussendlich zu Verhandlungen mit dem positiven Resultat einer Integration der ULB in die FDP. Die Selbstständigkeit der ULB bleibt, unter dem Namen Umweltfreisinnige, UFS, gesichert. Sie ist mit den gleichen verbindenden Grundsätzen wie die Jungfreisinnigen und das Forum freisinniger Frauen (FFFSG) in die FDP integriert.

Mit dem Sitz der UFS-Präsidentin im FDP-Kantonalvorstand, mit mehreren UFS-Delegierten an den FDP-Delegiertenversammlungen und UFS-Vertretern in FDP-Fachkommissionen sowie mit der Wahl von ULB-Gründer Johannes Rutz zum Präsidenten der FDP-Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt, haben die UFS verstärkt die Möglichkeit, sich für ihre Anliegen in der FDP einzusetzen. Sie können auch weiterhin unabhängig ausserhalb der FDP Öffentlichkeitsarbeit für ihre Anliegen leisten.

In offenem demokratischen Verfahren wurde die Namensänderung und die Reorganisation der Führungsstruktur beschlossen und neue, junge und initiative Kräfte in Leitungsgremien gewählt und damit beste Grundlagen für die umweltliberale Politik geschaffen.

Jetzt geht es darum, diese gesunde Basis für die umweltliberale Überzeugungsarbeit mit vollem Einsatz zu nutzen. Mit persönlicher Teilnahme an der kritischen Meinungsbildung zur Fortentwicklung und Weitergabe unserer nachhaltigen Politik helfen Sie mit, dass auch die nächsten Generationen in einer gesunden Heimat leben können.

*Richard Höber*

## **Gut informiert sein:**

Die Publikationen „umwelt“ des Bundesamtes für Umwelt BAFU und „energeia“ des Bundesamtes für Energie BFE bieten vier- respektive sechsmal im Jahr interessante und verständliche Informationen zu Umwelt- und Energiethematen und viele nützliche Adressen und Links.

Sie können kostenlos abonniert werden unter umwelt, Zollikofer AG, Leserservice, 9001 St.Gallen, 071 272 73 70,

umweltabo@bafu.admin.ch  
Bundesamt für Energie BFE, Sektion Kommunikation,  
3003 Bern, abo@bfe.admin.ch



Auch auf ihren Homepages bieten die beiden Bundesämter eine Fülle von Informationen: [www.umwelt-schweiz.ch](http://www.umwelt-schweiz.ch) und [www.bfe.admin.ch](http://www.bfe.admin.ch)

# Agenda 2009

Montag, 18. Mai 2009

## Ordentliche Mitgliederversammlung der Umweltfreisinnigen

19.00 Uhr, Restaurant Dufour, St.Gallen  
Walter Dietz spricht über „Von Bahn 2000 zu Bahn 2030“

Siehe auch Seite 6 dieses Bulletins

---

Freitag, 19. Juni 2009

Kantonaler Parteitag FDP St.Gallen  
(Sarganserland)

---

Samstag, 11. Juli 2009

## Bahnhof St.Gallen – Ein Blick hinter die Kulissen

09.30 Uhr, Treffpunkt beim Gaiserbahnhof  
Eine Veranstaltung der ufs im Rahmen des FDP-Sommerprogramms

---

Donnerstag, 27. August 2009

Kantonale Mitgliederversammlung  
FDP St.Gallen (Toggenburg)

---

Samstag, 5. September 2009

Kantonaler Frauentag FDP St.Gallen

---

Samstag, 12. September 2009

## Die Renovation der Psychiatrischen Klinik Herisau aus energietischer Sicht

Gönneranlass der Umweltfreisinnigen

---

Donnerstag, 29. Oktober 2009

Kantonale Mitgliederversammlung  
FDP St.Gallen (Uznach)

---

Samstag, 14. November 2009

Traditionelles

# Martini-Treffen

## der Umweltfreisinnigen

im Hof zu Will

18.30 Uhr Apéro  
20.00 Nachtessen

siehe auch:

[www.umweltfreisinnige.ch](http://www.umweltfreisinnige.ch) - Veranstaltungen.

---

# Aus dem Vorstand

Der kantonalen Initiative „Vorfinanzierung von Bahninfrastrukturprojekten“ haben wir unsere volle Unterstützung zugesagt, weil damit einem wichtigen Anliegen der ufs Beachtung geschenkt wird. Einer Einladung zum Beitritt in ein überparteiliches Anti-AKW-Bündnis sind wir nicht nachgekommen, weil innerhalb der ufs noch nicht abschliessend diskutiert worden ist, ob bereits heute der völlige Verzicht auf AKWs in Aussicht genommen werden kann.

Mit verschiedenen **Medienmitteilungen** zu aktuellen Themen ist die ufs im ersten Quartal 2009 an die Öffentlichkeit getreten. Anlässlich der Kontroverse um die Wohnüberbauung im Ziegelhofareal Schmelikon haben wir die Akteure zu Sorgfalt und Zurückhaltung aufgefordert. Das neue Angebot der Post, Briefe mit einem „pro clima“-Zuschlag zu versenden, haben wir beglückwünscht. Das Ansinnen der SN Energie, sich an einem neuen Kohlekraftwerk in Deutschland zu beteiligen, haben wir kritisiert. Mehr dazu ist auf unserer Homepage nachzulesen.

Drei für die Umwelt relevante eidgenössische **Vernehmlassungen** hat die ufs detailliert beantwortet. Der vorgeschlagenen Revision des CO<sub>2</sub>-Gesetzes stehen wir grundsätzlich positiv gegenüber. Hingegen haben wir am Entwurf der Revision des Raumplanungsgesetzes einige Punkte bemängelt. Die Revision der Verordnung über den Schutz vor nichtionisierender Strahlung haben wir zum Anlass genommen, eine drastische Senkung der Anlagegrenzwerte für Mobilfunkanlagen zu fordern. Unsere Antwort zum Raumplanungsgesetz ist in diesem Bulletin publiziert, ausserdem finden Sie Vernehmlassungsantworten sofort nach dem Einreichen auf unserer Homepage.

Der **erweiterte Vorstand** hat an seiner ersten Sitzung am 23.2.09 die Jahresprogramme der Arbeitsgruppen zur Kenntnis genommen und das Organisationsreglement genehmigt. Die **Arbeitsgruppe Stadt St.Gallen** widmet sich hauptsächlich der Neugestaltung von Marktplatz/Bohl und Bahnhofplatz, ausserdem wird sie sich zum städtischen Umweltbericht, zum Gewässerentwicklungskonzept und zum Energiekonzept äussern. Über den Vorschlag der **Arbeitsgruppe ökologische Steuerreform**, diese zum Schwerpunktthema der ufs für die nächsten 2 bis 3 Jahre zu machen und dabei die öSR soweit zu konkretisieren und Bezüge herzustellen, dass das Ganze am Ende in einem Vorstoss auf nationaler Ebene gipfeln würde, wird an der nächsten Zusammenkunft am 31.8.09 bestimmt. Bis dahin wird die Arbeitsgruppe einen konkreten Vorschlag ausarbeiten. Die **Arbeitsgruppe Verkehr** wird unter anderem das 4.ÖV-Programm des Kantons beurteilen, einen Vorstoss zur Bildung einer Verkehrskommission im Kantonsparlament lancieren und den Stadtrat zu der Brache St. Fiden und zur Gesamtplanung Bahnhofgebiet St.Gallen befragen. Die **Arbeitsgruppe Energie** setzt sich mit dem kantonalen Energiegesetz auseinander. Das **Redaktionsteam des Bulletins** wird Sie wie gewohnt zweimal im Jahr über die Tätigkeit der Umweltfreisinnigen informieren, auf Neuigkeiten und Veranstaltungen hinweisen sowie aktuelle politische Themen kommentieren.

*Andrea Klinger*

---

# Vorwärts in eine blühende Zukunft!

## Die Saat ist erfolgt

Mit der Neuausrichtung der UFS, die aufgrund ständiger Verwechslungen mit den Grünliberalen notwendig wurde, ist unser Verein zu neuen Ufern aufgebrochen. Die zarte Pflanze UFS ist bei der FDP auf fruchtbaren Boden gestossen:

- Die Umstrukturierung ist reibungslos erfolgt.
- Die Aufnahme der neuen Präsidentin in der Parteileitung und die Mitarbeit in den Fachausschüssen der FDP sind erfolgreich.
- Die UFS darf sich am 7. April 2009 beim FDP-Morgenstamm vorstellen.
- Hanspeter Haltner referiert am 14. April 2009 bei der JFDP der Region Wil-Untertoggenburg zum Thema ökologische Steuerreform.
- Die UFS wird im Juni Gelegenheit haben, sich bei der FDP Schmerikon vorzustellen.
- Die UFS war seit der Umstrukturierung bereits zwei Mal im "Freisinn" mit Artikeln präsent.
- Mit Johannes Rutz hat ein Mitglied der UFS die Leitung des FDP-Fachausschusses Umwelt inne, was besonders erfreulich ist.

## Wachstum macht stark



Dieser positive Start in eine neue Ära darf aber nicht darüber hinweg täuschen, dass die grosse Arbeit erst noch ansteht.

Jetzt muss die zarte Pflanze gehegt und gepflegt werden, damit sie stark genug wird, um auch einen Sturm oder eine Durststrecke durchzustehen, und um schliesslich Früchte abwerfen zu können. Denn letztlich zählt in der Politik nicht das Diskutieren, sondern nur der Erfolg durch konkrete Massnahmen. Dazu braucht die UFS einerseits viele und aktive Mitglieder - bisherige und neue - und

andererseits konkrete und realisierbare Projekte. Nicht grosse Grundlagenpapiere werden Veränderungen bringen, sondern viele kleine konkrete Schritte in Richtung einer nachhaltigen Zukunft. Und diese Schritte müssen von uns geleistet werden.

Der Vorstand kann auf ein aktives erstes Quartal zurückblicken. Darüber wird er an der Mitgliederversammlung berichten. Doch um einen Stein ins Rollen zu bringen, und ihn nicht nur wenige Zentimeter voranzuschieben, braucht es aktive Mitglieder, die sich für die UFS engagieren, die in der Öffentlichkeit für uns und unsere Ziele werben und einstehen, die FDP-Mitgliederversammlungen besuchen und sich dort für unsere Anliegen stark machen. Es liegt an uns, den FDP-Mitgliedern aufzuzeigen, dass eine nachhaltige Politik erforderlich ist, wie eine solche Politik konkret aussieht und welche Ziele wir mit liberalen Massnahmen erreichen wollen.

Die Stärke der Umweltfreisinnigen gegenüber den Grünliberalen liegt darin, dass sie nebst der Politik in den Kernbereichen Umwelt, Verkehr und Energie durch die enge Zusammenarbeit mit der FDP auch

für eine liberale Politik in sämtlichen anderen Bereichen einstehen und diese schlagkräftig umsetzen. Die UFS ist zusammen mit der FDP in Regierung und Parlament bedeutend stärker vertreten als die GLP. Mit Ständerätin Erika Forster, Regierungsrat Willi Haag und Stadtrat Fredy Brunner verfügen wir über drei Exponenten mit anerkanntem Leistungsausweis und politischem Gewicht. Es wird bei künftigen Wahlen darum gehen, uns insbesondere in den verschiedenen Parlamenten noch besser zu positionieren.

## Wir sind ehrgeizig

Der Vorstand hat sich ehrgeizige Ziele gesteckt. Nebst der Arbeit von unseren Vertreterinnen und Vertretern in Regierung und Parlament ist es die Aufgabe des Vorstands, dafür zu sorgen, dass sich die UFS in die tägliche Politik einmischet. Dies hat er im vergangenen Quartal mit zahlreichen Vernehmlassungen und Medienmitteilungen gemacht. Und nachdem der erweiterte Vorstand Ende Februar 2009 die strategische Ausrichtung beschlossen hat, planen wir die nächsten Schritte. Doch darüber hinaus sind wir alle aufgerufen, uns als UFS bemerkbar zu machen und für unsere Ziele in der Öffentlichkeit zu werben und einzustehen. Die UFS will nicht die Welt erobern, aber sie will sich in ihren Kernbereichen für nachhaltige Lösungen einsetzen. Sorgen Sie mit uns für einen blühenden Frühling! *Nicole Zürcher Fausch, Präsidentin*

Mitglieder, die sich in einer Arbeitsgruppe engagieren möchten, sind sehr willkommen. Wenn Sie sich besonders für die Themen ENERGIE und STADT ST.GALLEN interessieren und einsetzen wollen, melden Sie sich bitte bei Nicole Zürcher:  
[nicole.zuercher@alumni.unisg.ch](mailto:nicole.zuercher@alumni.unisg.ch)

## Aquapower – Solarpower – Windpower in der Stadt

Die Stadt St.Gallen bietet ihrer Bevölkerung viele Möglichkeiten, nachhaltig mit Energie umzugehen. Sie sollten aber vermehrt genutzt werden: z.B. Aquapower und Solarpower.

Der normale Mixstrom setzt sich zusammen aus rund 22 % Strom aus erneuerbaren Energien (Wasserkraft, Solarstrom), 53 % Strom aus nicht erneuerbaren Energien (Kernenergie, Erdöl, Erdgas, Kohle), 7 % Strom aus Abfällen und 18 % Strom aus nicht überprüfbareren Energieträgern.

Die Kunden der Sankt Galler Stadtwerke können sich nun aber ihren Strommix selbst zusammenstellen, gegen einen kleinen Aufpreis: Aus Wasserkraft erzeugter Strom aus dem Glarnerland und von der Goldach kostet 2 Rappen pro kWh mehr, Strom aus Sonnenenergie aus der Umgebung von St.Gallen kostet 75 Rappen pro kWh mehr und Strom aus skandinavischen Windkraftwerken kostet 7 Rappen pro kWh mehr. Alle drei Varianten lassen sich kombinieren:

Wenn Sie pro Jahr zum Beispiel für 120.- Fr. Solarstrom beziehen und den Rest mit Wasserkraftstrom decken, kostet das für eine kleine Wohnung (1800 kWh/Jahr) 152.80 Franken mehr, für ein Einfamilienhaus (5000 kWh/Jahr) 216.80 Fr. mehr.

Mit diesem Aufpreis können wir Sankt Galler bestimmen, was für Strom wir beziehen und fördern ausserdem die alternativen Energieproduzenten.

Fragen Sie in Ihrer Gemeinde nach, vielleicht besteht dort ein ähnliches Angebot oder es lässt sich einführen. (ak)

Informationen unter [www.sgs.ch](http://www.sgs.ch) und [www.aquapower.ch](http://www.aquapower.ch).

## Energiestädte im Kanton St.Gallen

Anlässlich der Eröffnung der Immo-Messe auf dem Olma-Gelände am 20. März 2009 konnte der St. Galler Stadtpräsident Thomas Scheitlin das Zertifikat „European Energy Award Gold“ aus der Hand von Regierungsrat Willi Haag entgegennehmen. St. Gallen ist damit die 11. Schweizer Stadt und erste Ostschweizer Stadt, die diese Auszeichnung erhält. Weitere Städte, die das Gold-Label führen dürfen, sind z.B. Zürich, Winterthur, Basel oder Lausanne. Dieses Zertifikat wird vom Europäischen Forum European Energy Award e.V vergeben und ist die höchste Auszeichnung für Energiestädte.

Sie müssen mindestens 75% des bei der Zertifizierung aufgestellten Massnahmen-Katalogs beschlossen oder umgesetzt haben. St. Gallen hat das Label v.a. dank dem Energiekonzept 2050 erhalten. Neben der Stadt St. Gallen dürfen sich 13 weitere St. Galler Gemeinden „Energiestädte“ nennen: Altstätten, Buchs, Eschenbach, Flawil, Gaiserwald, Gossau, Kaltbrunn, Rorschach, Rorschacherberg, Thal, Uzwil, Wattwil und Wil. Die Energiestädte tragen zur Erreichung der Klimaziele des Bundesprogramms EnergieSchweiz bei.

### Wie erhält eine Gemeinde dieses besondere „Markenzeichen“?

Externe BeraterInnen untersuchen im Auftrag des „Trägervereins Energiestadt“ die betreffende Gemeinde in den folgenden sechs energiepolitisch wichtigen Bereichen: Entwicklungsplanung und Raumordnung, kommunale Gebäude und Anlagen, Versorgung und Entsorgung, Mobilität, interne Organisation, Kommunikation und Kooperation. Wenn eine Gemeinde mehr als 50% der möglichen Massnahmen beschlossen oder ausgeführt hat, erhält sie das Label „Energiestadt“. Die Umsetzung dieser Massnahmen wird alle vier Jahre von der unabhängigen Label-Kommission überprüft. Der Trägerverein unterstützt seine Mitglieder (Energiestädte und weitere interessierte Partnergemeinden) mit Beratung, finanziellen Mitteln und Informationen und ermöglicht einen regelmässigen Erfahrungsaustausch.

Mehr zum Thema Energiestadt finden Sie unter [www.energiestadt.ch](http://www.energiestadt.ch).

## Welche konkreten Massnahmen haben einige der St.Galler Energiestädte ergriffen?

**Wattwil**, seit dem 18. März 2009 „Energiestadt“, bezieht ab 2009 für das Gemeindehaus und für die öffentliche Beleuchtung ausschliesslich aus Abfall hergestellten Strom des Zweckverbands Abfallverwertung Bazenheid (ZAB), von ein Uhr nachts bis fünf Uhr morgens wird die öffentliche Beleuchtung ausgeschaltet.

**Buchs** unterstützt Gebäudebesitzer, die energiebewusst bauen, sanieren oder erneuerbare Energien nutzen mit einem Beitrag aus dem Energiefonds. Dieser wird durch eine Abgabe von 0.15 Rappen pro Kilowattstunde Strom finanziert.

Wenn Sie mehr über die Energiepolitik der einzelnen Energiestädte erfahren möchten, lesen Sie eine der nächsten Ausgaben von UFS konzentriert.

*Claudia Klinkmann*

## UFS-Stellungnahme zur Raumplanungsgesetz-Revision

Wir befürworten eine Revision des eidgenössischen Raumplanungsgesetzes und freuen uns, dass der Bund Anstrengungen unternimmt, um den in der Bundesverfassung verankerten Zielen einer zweckmässigen, haushälterischen Nutzung des Bodens und einer geordneten Besiedlung des Landes Nachachtung zu verschaffen. Trotzdem haben wir zu dieser vorgesehenen Gesetzesänderung einige Einwände zu erheben:

1. Wir begrüssen es sehr, dass in Art.6 und Art.28 kompakte, nach innen gerichtete Siedlungen geschaffen werden sollen, die mit dem öffentlichen Verkehr gut erschlossen sind und auch ein gutes Angebot für den Langsamverkehr bieten sollen. Dass Siedlungen auch energieeffizient gestaltet werden sollen, ist leider vergessen gegangen.
2. Dass in Art.21 die Gemeinwesen aufgefordert werden gebietsübergreifend zu planen, ist äusserst lobenswert, ohne genauere Definition und monetäre Anreize wie beispielsweise beim Agglomerationsprogramm aber eher nutzlos.
3. Dem Problem des Zweitwohnungsbaus ist mit dem Art.28e viel zu wenig Aufmerksamkeit gewidmet. Ohne gesamtschweizerische Kontingentierung werden von den Kantonen zu wenig restriktive Massnahmen getroffen werden.
4. Die Neuordnung bestehender Bauzonen in Art.45 bis Art.47 und Art.76 ist zu begrüssen. Wir sind aber dafür, dass der Umfang der Bauzonen in der Schweiz reduziert werden muss. Eine Umbenennung von nicht benötigtem Bauland in Reservebauzone ist nicht das richtige Mittel dazu. Wir erachten eine grosszügige Abgeltung für ausgezeichnetes Bauland aus den Mitteln einer Mehrwertabgabe oder eine Realkompensation als richtig, allerdings nur für Land, das zu Baulandpreisen erstanden wurde.
5. Die Trennung zwischen Bauzone und Kulturlandzone ist an sich positiv. Art.51 lässt dem Bundesrat und den Kantonen aber zu viel Spielraum für ausserplanmässiges Bauen in dieser eigentlichen Nicht-Bauzone. Der Druck auf die Landschaftszonen wird damit weiter zunehmen und die Grenzen zwischen Bauzone und Nicht-Bauzone verwischen.
6. Die Vorschriften betreffend Kulturlandzonen, Art.48 bis Art.58, sind nicht durchdacht. Einerseits bestehen zu viele Detailregelungen, andererseits sind undefinierte Ausnahmen vorgesehen (z.B. Art. 54). Warum sind in Art.55 nur Solaranlagen erwähnt? Es gibt noch sehr viele andere neue erneuerbare Energien deren Nutzung zu fördern und zu bewilligen ist.

Fazit: Die Umweltfreisinnigen St. Gallen sind mit der vorliegenden Fassung für ein eidgenössisches Raumentwicklungsgesetz nur bedingt einverstanden. Dieses E-REG kann die fortschreitende Zersiedelung unseres Landes nicht stoppen und schenkt der Erhaltung von Landschaften und Lebensräumen zu wenig Beachtung. Die Anliegen der von uns unterstützten Landschaftsinitiative werden nicht befriedigt.

### Wir beantragen:

- **Dass das Bauen ausserhalb der Bauzone durch abschliessendes, restriktives Bundesrecht geregelt wird.**
- **Dass die überdimensionierten Bauzonen reduziert werden.**
- **Dass auch das Thema Energie und Energieeffizienz in den Grundlagen der Raumplanung berücksichtigt wird.**
- **Dass dem landschaftsverschwenderischen Bau von Zweitwohnungen wirksam Einhalt geboten wird.**

Wir hoffen, dass unsere Vorschläge zu einer wirklich nachhaltigen Raumentwicklung beitragen werden. Gerne sind wir auch bereit, zu weiteren Vernehmlassungen, die die Themen Umwelt, Energie und Verkehr betreffen, Stellung zu nehmen.

Nicole Zürcher Fausch, Präsidentin

## *Ka nit verstan !*

*Am Anfang des 21. Jahrhunderts scheint eine zweite babylonische Sprachverwirrung die Welt zu plagen. Finanzminister aus Deutschland, Amerika und Brüssel scheinen unsere Kultursprache zum Thema Bankgeheimnis nicht zu verstehen. Unter diesen Umständen beschloss unser Appenzeller Finanzminister darüber vorerst gar nicht mehr zu sprechen. Ein deutscher Kavallerist erinnerte sich an alte Zeiten und den nicht ganz geklärten Weg der Appenzeller während der Völkerwanderung und versuchte auf Indianisch das Schweizer Bankrätsel zu entziffern. Damit löste er im CH-Nationalrat Antworten in original schweizerischer Biertischsprache aus, welche die Tessiner Ratspräsidentin nicht verstand, die eben Nationalrat Mörgeli ermahnt hatte, dumme Worte im Rat zu unterlassen, und auch einen Ostschweizer Stadtpräsidenten dafür gerüffelt hatte. Unsere wackere Justizministerin flog hilfreich nach Amerika und erklärte mit Hilfe fantasiereicher sprachlicher Neuschöpfungen den Obama-Ministern den hohen ethischen Wert des Schweizer Bankgeheimnisses für die Finanzwelt.*

*Unbegreiflich für die Schweizer frönt die fiskaldiplomatische Welt weiterhin dem irren Missverständnis, Bankgeheimnis und Steuerhinterziehung stünden in irgendeinem unehrenwerten Zusammenhang. Die deutsche Kavallerie blies mit französischen Fanfaren weiter zur Attacke, bis der Bundesrat friedliebend als Kundendienst für arme Auslandskunden unseres Finanzplatzes, die ihren Steuerämtern aus Versehen ihre Milliönchen in der Schweiz nicht gemeldet haben, das Bankgeheimnis leicht lockerte und der entsetzlich leidenden Grossbank dafür einige Dutzend Milliärdchen pumppte, damit sie ihre Boni rechtmässig auszahlen konnte.*

*Für den Schweizer Finanzplatz bleibt die beruhigende Genugtuung, dass jetzt zwei altehrwürdige Rentner fast gratis dafür sorgen, dass tragende Elemente wie Boni, Abzockerei und Abgangsentschädigungen für die Finanznachwelt gerettet sind. Richi*

# Postulate für ein nachhaltiges Wirtschaften

Was ist angesichts der ökonomischen und ökologischen Krisenanfälligkeit unserer Wirtschaft zu tun?

Nicht nur von Staates wegen wie wild Geld hineinschiessen. Damit wird nur die nächste Börsenblase vorbereitet. Es muss vielmehr eine langfristige Stabilisierung der Wirtschaft und zusätzlich eine Reduktion des Wachstums auf ein umweltverträgliches Niveau anvisiert werden. Das Wachstum der Produktionsmenge darf nicht die Erfolge bei der Reduktion des Ressourcen- und Umweltverbrauchs pro Produktionseinheit ständig überholen und so diese Erfolge zunichte machen! Dabei kommt man um einschneidende Reformen im institutionellen Bereich der Wirtschaft nicht herum. Zwei dieser Reformen seien hier skizziert.

---

## Über ihre E-Mail-Adresse...

informieren wir einmal im Monat mit einem elektronischen Newsletter unsere Mitglieder über aktuelle Themen und die Arbeit im Vorstand. Damit auch Sie von diesem Angebot profitieren können, melden Sie Ihre E-Mail-Adresse an: [stklinger@paus.ch](mailto:stklinger@paus.ch)

---

Ordentliche Mitgliederversammlung  
18. Mai 2009

**Walter Dietz**

**Die Ostschweiz von**

**BAHN 2000 zu BAHN 2030**

Im Jahre 1986 beschloss das Schweizervolk die Realisierung von BAHN 2000. Dieses Konzept fand Ende 2004 als erste Etappe seinen Abschluss.

Letztes Jahr nun fassten die eidgenössischen Räte Beschlüsse über die weitere Bahnzukunft unter dem Namen BAHN 2030. Was haben wir in der Ostschweiz von diesem weiteren Ausbau der Bahnen zu erwarten? Walter Dietz informiert.

---

## Impressum

Verantwortlich für die Redaktion des UFS-konzentriert zeichnet die UFS-Arbeitsgruppe:

Andrea Klinger, St.Gallen,

[stklinger@paus.ch](mailto:stklinger@paus.ch)

Claudia Klinkmann, St.Gallen,

[hortulus@bluewin.ch](mailto:hortulus@bluewin.ch)

Iris Studer, Salez

[studer@tele2.ch](mailto:studer@tele2.ch)

Richard Höber, Altstätten

Telefon 071 755 69 76

[tierhoeber@bluewin.ch](mailto:tierhoeber@bluewin.ch)

---

Es geht primär um eine Reform des Geldsystems zur Minderung des Wachstumsdrangs. Ausgangspunkt könnte die Idee des 100%-Geldes des amerikanischen Ökonomen Irving Fisher sein, die er nach der Krise von 1929 entwickelt hat. Sie wird heute wieder aktuell. Gemäss diesem Vorschlag erhält die Zentralbank das ausschliessliche Recht zur Geldschöpfung, indem die Geschäftsbanken verpflichtet werden, die Sichtguthaben auf den Girokonten, also das Buch- oder Bankgeld, zu 100% durch Zentralbankguthaben bzw.



Banknoten zu decken. Damit soll und kann eine Vermehrung des Geldes ins Uferlose, sei es in den Aufbau spekulativer Blasen und/oder in eine inflationäre Preissteigerung verhindert werden. Während der Zentralbank heute in einer Krise kaum etwas anderes übrig bleibt als als "lender of last resort" auch faule Kredite der Banken zu übernehmen, um so den Zusammenbruch des Geldsystems zu verhindern, sollte es ihr durch Übernahme der Verantwortung für die gesamte Geldschöpfung ermöglicht werden, von vornherein die Bildung von Blasen zu verhindern und so einem Zusammenbruch vorzubeugen. Sie kann so auch die Geldschöpfung und damit das Wachstum in ökologisch verträglichen Grenzen halten.

Die Reform des Geldsystems muss durch eine Reform des Unternehmensrechts ergänzt werden. Es handelt sich vor allem um eine Überprüfung des Aktienrechts. Dabei geht es im Besonderen um die Publikumsaktiengesellschaft. Aktiengesellschaften sind eine Kreation des Staates. Daher haben die Eigentumsrechte der Aktionäre nur bedingten Charakter - bedingt durch die Gesetzgebung des Staates. Es besteht somit im Grundsatz auch die Möglichkeit, durch Änderung der Gesetzgebung deren Inhalt zu verändern. Dazu könnte eine Begrenzung der Geltungsdauer der Aktien - z.B. auf 20 oder 30 Jahre - gehören mit Rückzahlung des ursprünglichen Kapitaleinsatzes nach Ablauf der Geltungsdauer. Wie sich rein mathematisch zeigen lässt, würde durch eine solche Begrenzung die Steigerung der Aktienwerte und damit die Spekulation automatisch verringert. Gleichzeitig würde eine umweltschädigende Ausuferung des Wachstums verhindert. Für sehr langfristige Vorhaben sollten Unternehmensformen geschaffen werden, die sich stärker am Stiftungsgedanken oder am Genossenschaftsgedanken orientieren und in der Lage sind, ökologische Ziele vorrangig vor Wachstumszielen in der Unternehmensverfassung einzubauen.

Mit diesen Reformen sollte der Wachstumsdruck so weit reduziert werden, dass die Massnahmen zur Erhöhung der Ressourceneffizienz und zum Umweltschutz erfolgreich sein können und so eine im echten Sinne nachhaltige Wirtschaftsweise möglich wird. Ohne eine Reduktion des Wachstumsdrucks wird es jedenfalls nicht möglich sein!

*Hans Christoph Binswanger*

---

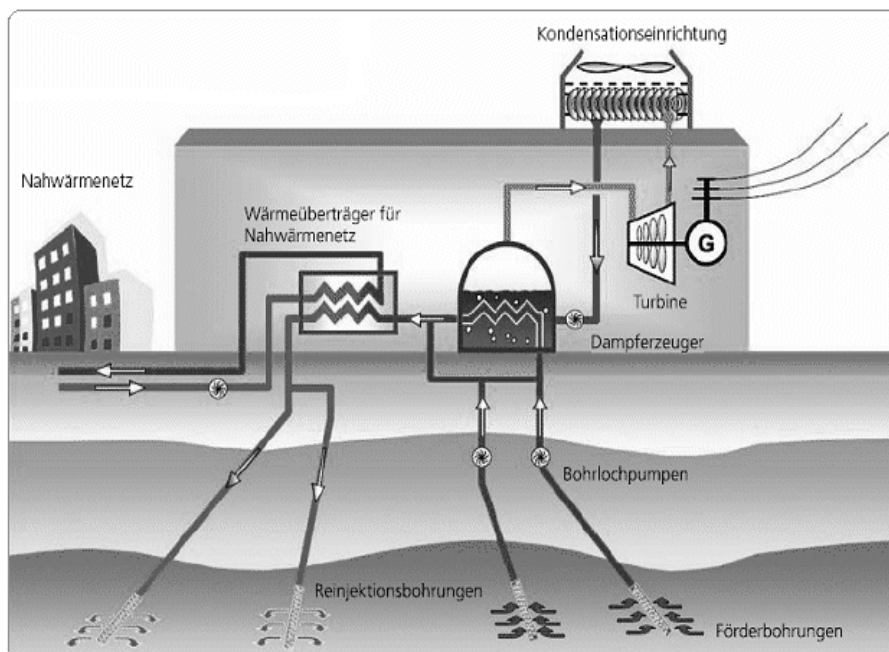
## St. Gallen an der Spitze

Im Jahre 2008 rangierte die Stadt St.Gallen auf dem 7. Platz der 150 Schweizer Energiestädte. Die Stadt St.Gallen hat in der vergangenen Legislatur grosse Fortschritte erzielt. Herausragende Leistung war das Energiekonzept 2050, das als energiepolitischer Leuchtturm für den Umbau der heute von fossilen Energieträgern dominierten in eine nachhaltige Wärmeversorgung gewürdigt wurde und schweizweit eine Pionierrolle einnimmt.

Eine Vielzahl von weiteren Massnahmen hat wichtige Punktezuwächse in der „Energiebilanz“ generiert: der vollständige Ersatz der Busflotte, der Massnahmenkatalog für eine energieeffiziente Verwaltung, die schweizweit energieeffizienteste Strassenbeleuchtung, der im Jahr 2005 aufgestockte Energiefonds, der flächendeckende Energieplan, Aquapower für die Stadtverwaltung, Energieberatung und die beiden Wärmebild-Aktionen 2006 und 2007 usw. Voraussetzung des Erfolgs war aber auch, dass alle Bereiche, die bereits in früheren Jahren auf einem hohen Niveau bewertet wurden, diesen Standard beibehalten haben.

Ein weiteres Pionierprojekt der Stadt St.Gallen ist die geplante Erdwärme-Anlage zur Tiefen-Geothermie-Nutzung. Der Untergrund unter der Stadt bietet günstige Voraussetzungen, ist er doch Teil des süddeutschen Molassebeckens auf dem auch München steht. Und genau dort, in Unterhaching, wird seit Oktober 2007 erfolgreich ein Erdwärme-Kraftwerk betrieben, das aus 3500 Metern Tiefe 122 Grad heisses Wasser pumpt, damit 3,4 Megawatt Strom herstellt und 2'500 Haushaltungen mit Fernwärme beliefert.

Die Planung für ein St.Galler Erdwärme-Kraftwerk ist schon weit fortgeschritten, im Herbst 2009 soll über das Projekt abgestimmt werden. Die Nutzung der Erdwärme bietet ein grosses Potential zur CO<sub>2</sub>-Reduktion. Sie macht St.Gallen unabhängiger von fossiler Energie und sorgt dafür, dass die Wertschöpfung in der Region bleibt. Informationen: [www.stadt.sg.ch](http://www.stadt.sg.ch) [www.swm.de](http://www.swm.de)



## Ein schnelles, offenes Netz für alle

Die Sankt Galler Stadtwerke werden innerhalb der nächsten zehn Jahre stadtweit ein offenes und günstiges Glasfasernetz bauen, welches allen Dienstleistern zu fairen und gleichen Konditionen zur Verfügung stehen wird. Bereits ab Mitte 2009 sollten die Dienstleistungen der ersten Anbieter auf dem städtischen Glasfasernetz aufgeschaltet sein. Ab diesem Zeitpunkt werden die angeschlossenen Haushalte, Liegenschaften und Unternehmen in der Stadt St.Gallen vom günstigen Netz, für ultraschnelles Internet, hochauflösendes Digitalfernsehen, Telefonie und neue Internetdienstleistungen profitieren können. Bis spätestens 2018 werden über 90% aller Betriebe und Wohnungen durch dieses neue Netz erschlossen sein.

Eine solche gemeindeeigene Infrastruktur vermeidet das Erstellen teurer Parallelnetze und ermöglicht den Wechsel von einem Dienstleistungsanbieter zum anderen.

Viel wichtiger ist aber der Effekt, dass ein flächendeckendes, leistungsfähiges Glasfasernetz die ausufernde Drahtlosübertragung eindämmen wird und nicht wenige der vielen Funkanlagen in der Stadt überflüssig werden lässt. (ak)

*In die Entwicklung verschiedener Umweltbereiche und in die in der Stadt ergriffenen Massnahmen gibt der ausführliche „Umweltbericht 2008“ Einblick. Er kann kostenlos bezogen werden bei*

*Amt für Umwelt und Energie,  
Vadianstrasse 6,  
9001 St.Gallen,  
071 224 56 76*

[umwelt.energie@stadt.sg.ch](mailto:umwelt.energie@stadt.sg.ch)

# Nachhaltigkeit – was bedeutet dies für uns?

Nachhaltigkeit ist ein Begriff, der z. B. im Grossen Duden Lexikon, Ausgabe 1966, noch nicht zu finden ist. Michael D. Lemonick hat unter dem Titel „Nachhaltigkeit – Wahrheit oder Mythos“, eine interessante Arbeit dazu verfasst. Welche Irrtümer ihm am häufigsten begegnen, versuchen wir in der gekürzten Fassung seines Textes aufzuzeichnen.

## "Kein Mensch weiß, was 'Nachhaltigkeit' eigentlich bedeuten soll."

Das Wort "Nachhaltigkeit" selbst tauchte im 18. Jahrhundert zunächst in der Forstwirtschaft auf, seine Verbreitung in neuester Zeit verdankt es allerdings dem Report "Unsere gemeinsame Zukunft" der *World Commission on Environment and Development* der Vereinten Nationen. Nach der damaligen Kommissionsvorsitzenden, der Norwegerin Gro Harlem Brundtland, wird er auch als "Brundtland-Bericht" bezeichnet. Darin wird festgehalten: "Dauerhafte Entwicklung ist Entwicklung, die die Bedürfnisse der Gegenwart befriedigt, ohne zu riskieren, dass künftige Generationen ihre eigenen Bedürfnisse nicht befriedigen können".

## "Bei Nachhaltigkeit geht es hauptsächlich um die Umwelt."

Der Brundtland-Bericht, auf den die gesamte moderne Nachhaltigkeitsbewegung zurückgeht, beschäftigte sich ursprünglich damit, wie wir mit folgender Tatsache umgehen: "Wir stehlen die Zukunft, verkaufen sie in der Gegenwart und nennen das Ganze dann 'Bruttosozialprodukt'." (Paul Hawken). Dabei wurde das Ziel formuliert, benachteiligten Nationen den Zugang zu Bodenschätzen und anderen natürlichen Ressourcen wie Wasser, Energie und Nahrung zu erleichtern.

## "Ist 'nachhaltig' nicht einfach ein anderes Wort für 'ökologisch'?"

"Ökologisch" impliziert in der Regel eine Bevorzugung des Natürlichen vor dem Künstlichen. Doch bei einer Weltbevölkerung von geschätzten neun Milliarden Menschen Mitte dieses Jahrhunderts werden wir einen einigermaßen hohen Lebensstandard für alle nur über den umfangreichen Einsatz von Technologie gewährleisten können. Elektroautos, Windkraftträder und Solarzellen haben nichts "Natürliches" an sich, könnten es aber dennoch eines Tages erlauben, dass eine große Anzahl von Menschen ihre Häuser heizt und Essen kocht.

Noch schwieriger wird es bei der Frage nach der Nachhaltigkeit der Atomkraft: Lange Zeit galt ihre Befürwortung unter Naturschützern als regelrechte Todsünde, insbesondere auf Grund des radioaktiven Mülls, der bei ihrem Einsatz anfällt. Doch Atomkraft kann auch eine hocheffiziente Energiequelle sein. Sie stößt kaum Treibhausgase aus, und neuartige Meiler erzeugen deutlich weniger Abfall.

## "Nachhaltigkeit bedeutet einen niedrigeren Lebensstandard."

Zwar stimme es, wie Vordenker Hawken sagt, dass "aus weniger mehr" gemacht werden müsse. "Aber sobald wir die grundlegende Neuausrichtung geschafft haben und unsere Technologie vor diesem Hintergrund weiterentwickeln, werden wir immer wieder außergewöhnliche Durchbrüche erzielen. Im Endeffekt wird die Produktivität steigen und dabei für Wohlstand, Nahrung, Kleidung und Sicherheit sorgen."

Gegen Eingriffe in einen freien Markt wird oft das Argument vorgebracht, Konsumenten würden auf steigende Preise zwangsläufig mit einer verantwortungsvolleren Nutzung von Ressourcen reagieren. Doch wenn es einmal soweit ist, kann die plötzliche Umstellung alle teuer zu stehen kommen: So durchlebt die Automobilbau-Branche in letzter Zeit heftige Turbulenzen, weil lange versäumt wurde, spritsparende Modelle auf den Markt zu bringen.

## "Nur neue Technologie kann uns retten."

Dies ist ebenfalls nur teilweise wahr. Als Barack Obama im Wahlkampf darauf hinwies, dass sich mit richtig eingestelltem Reifenluftdruck am Auto mehrere Millionen Liter Benzin sparen ließen, machten sich die Republikaner über seinen vermeintlich allzu simplen Vorschlag lustig. Manchmal reicht es auch, Technologie überlegt einzusetzen.

## "Wenn man erst einmal verstanden hat, worum es bei der Nachhaltigkeit geht, läuft der Rest wie von selbst."

Leider entpuppt sich manche gut gemeinte Lösung als Schuss nach hinten. Bestes Beispiel ist der anhaltende Trend zu Biokraftstoffen wie etwa Mais. In Ländern wie Mexiko, die massenhafte Verarbeitung von Mais zu Ethanol förderten, um den Kraftstoff herkömmlichem Benzin beizumischen, schossen die Lebensmittelpreise auf Grund gesteigener Maisnachfrage in die Höhe, und andernorts wurde Regenwald zugunsten neuer Ackerflächen abgeholzt. Zwar mag die Einsparung an CO<sub>2</sub>, die der Biotreibstoff bringt, den Verlust an Biomasse wettmachen, bis es allerdings soweit ist, dürfte es bereits zu spät sein.

Kein neues Verfahren verdient das Prädikat "nachhaltig", solange nicht seine Kosten und Nutzen für Mensch, Natur und Klima bis ins Detail kalkuliert wurden. Und selbst dann noch können uns bis dato unvorhergesehene Folgeerscheinungen einen Strich durch die Rechnung machen.

Der Originalartikel erschien in [Scientific American Earth 3.0, März 2009](#)

Deutsche Bearbeitung: Jan Dönges, gekürzte Fassung für UFS konzentriert: R.Höber